Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6659**
14. Wahlperiode 06. 07. 2001

Große Anfrage

der Abgeordneten Eckhardt Barthel (Berlin), Hans-Werner Bertl, Christel Deichmann, Monika Griefahn, Kerstin Griese, Monika Heubaum, Angelika Krüger-Leißner, Horst Kubatschka, Lothar Mark, Michael Müller (Düsseldorf), Michael Roth (Heringen), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Gisela Schröter, Wieland Sorge, Ludwig Stiegler, Jörg Tauss, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Hanna Wolf (München), Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Antje Vollmer, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zukunft der deutschen Sprache

Die Sprache gehört zu den herausragenden Kulturgütern eines Volkes. Sie ist das wichtigste Ausdrucks- und Verständigungsmittel der Menschen untereinander. Sie dient der Selbstvergewisserung, der Verständigung und auch der Integration aller Bürgerinnen und Bürger. Die Tradition der eigenen Sprache zu pflegen und weiterzuentwickeln gehört zur Wahrung der eigenen Identität. Der Umgang mit der deutschen Sprache ist die Voraussetzung für die Teilhabe am Gemeinwesen. Gleichzeitig ist für Deutsche das Beherrschen der eigenen Sprache eine notwendige Voraussetzung für das Erlernen anderer Sprachen, die für ein europäisch und global ausgerichtetes Land wie das unsere unverzichtbar sind. Beides, Deutsch und Kenntnisse in Fremdsprachen, ist gleichermaßen wichtig.

Europa ist ein Kontinent vieler Sprachen. Das Lernen anderer Sprachen ist der Schlüssel zum Dialog mit unseren Nachbarn, zum Verständnis ihrer Geschichte und der Vermittlung von Erfahrungen. Fremdsprachen ermöglichen den Zugang zu der Gedankenwelt und den Denkstrukturen anderer Kulturen.

Sie sind zugleich Verständigungschancen und kultureller Reichtum und ermöglichen das Zusammenwachsen und die Verständigung im europäischen und globalen Austausch.

Die vom Europarat beschlossene Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, die in Deutschland seit dem 1. Januar 1999 in Kraft ist, und das gemeinsam vom Europarat und der Europäischen Union für 2001 ausgerufene Europäische Jahr der Sprachen sind wertvolle Initiativen zur Bewahrung der Sprachen- und Kulturvielfalt.

Die Sicherheit im Gebrauch der eigenen Sprache und das Erlernen fremder Sprachen sind eine Bereicherung für die eigene geistige und ethische Entwicklung. Sie ermöglichen das Verständnis der eigenen Herkunft, verbinden über die Grenzen hinweg und ermöglichen den Bürgerinnen und Bürgern Europas, aktiv an Europa mitzuwirken und teilzuhaben. Sie sind die Voraussetzung für beruflichen und wirtschaftlichen Erfolg. Sie schaffen die Grundlage für Verständigung und Zusammenhalt.

Englisch hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zur Lingua Franca entwickelt. Es ist das wichtigste Verständigungsmittel in einer Welt, die sich den Herausforderungen der Globalisierung, der Ausweitung von Handel und Gewerbe, dem internationalen Wissenschaftsaustausch, der elektronischen Vernetzung und der Erweiterung des kulturellen Austauschs offen und selbstbewusst stellt. Zur aktiven Teilhabe an dieser Entwicklung sind Englischkenntnisse unverzichtbar. Es muss daher alles getan werden, durch die Vermittlung von Englischkenntnissen die Zukunftschancen vor allem der jungen Generation zu wahren.

Eine reibungslose Verständigung ist Grundlage für kulturelle Identität, gesellschaftliche Integration und die Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaft und Wissenschaft. In jüngster Zeit wird in der öffentlichen Diskussion vermehrt auf für die deutsche Sprache nachteilige Entwicklungen hingewiesen, vor allem auf den inflationären Gebrauch von Anglizismen, der eine zunehmende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern irritiert. Während die einen vor allem aufgrund der Anglizismen eine Verflachung und Verarmung der deutschen Sprache befürchten, fühlen sich andere ausgegrenzt, da sie diese nicht verstehen und aus ihrer Sicht alltägliche Kommunikation schwerer wird. Unter dem Vorwand der Sprachbewahrung nutzen im Extremfall interessierte Kreise dieses Unbehagen zu Antiamerikanismus, übersteigertem Nationalismus und Aufruf zu Fremdenfeindlichkeit.

Alle Sprachen entwickeln sich unter vielfältigen Einflüssen. Auch die deutsche Sprache ist kein statisches Gebilde. Sie ist immer in Bewegung, Veränderung und Entwicklung. So hat sie Wörter aus anderen Sprachen aufgenommen, die den deutschen Wortschatz bereichern. Fremdwörter waren und sind Ausdruck einer weltoffenen Gesellschaft, die sich dem Zusammenwachsen der Erde, der Ausweitung von Handel und Gewerbe und der Erweiterung des kulturellen Austauschs offen und selbstbewusst stellt.

Der Respekt für fremde Sprachen setzt den Respekt für die eigene Sprache voraus. Bund, Länder, Bildungseinrichtungen, Medien, Lehrer, Erzieher, Ausbilder und Eltern sind in der Pflicht, die Kenntnisse und Beherrschung der eigenen Sprache zu vertiefen und für die Vermittlung von Fremdsprachenkenntnissen umfassend Sorge zu tragen. Dabei ist die öffentliche Diskussion um die Pflege und Bewahrung der deutschen Sprache, in die sich auch Bundespräsident Johannes Rau mit seiner Rede vom 23. November 2000 eingeschaltet hat, mit den Befürchtungen hinsichtlich der kulturellen, gesellschaftlichen und sozialen Konsequenzen einer abnehmenden Kommunikationsfähigkeit der Gesellschaft ernst zu nehmen. Wenn Sachverhalte nicht mehr allgemeinverständlich dargestellt werden, besteht die Gefahr eines Verlusts an Kommunikations- und Integrationsfähigkeit der Gesellschaft.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung dem Sprachenlernen zu, und welche Aktivitäten plant sie, ggf. in Kooperation mit den Ländern, im Rahmen des Europäischen Jahres der Sprachen 2001?
2. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung im Inland zur Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen?
3. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung zur Bewahrung, Pflege und Förderung der deutschen Sprache im In- und Ausland?
4. Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um für die Beibehaltung von Deutsch als Amts- bzw. Arbeitssprache in der EU einzutreten?

5. Welche Auswirkungen hat nach Ansicht der Bundesregierung die sinkende Bedeutung von Deutsch als internationale Wissenschaftssprache auf Bildung und Forschung, auf die Attraktivität in Deutschland zu lehren und zu forschen und auf wissenschaftliche Innovationen?

   Welche wissenschaftlichen Disziplinen sind hier besonders betroffen?

6. Erwartet die Bundesregierung wirtschaftliche Nachteile, wenn die deutsche Sprache in Wirtschaft, Handel und Wissenschaft an Bedeutung verlieren sollte?

7. Welche Maßnahmen sieht die Bundesregierung als sinnvoll an, die deutsche Sprache z. B. bei wissenschaftlichen Publikationen wieder mehr zu fördern?

8. Welche Einzelprojekte der EU fördern im europäischen Kontext auch und vor allem die deutsche Sprache?

9. Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen, Deutsch im Verbund mit Englisch oder Französisch im Ausland durch so genannte Euro-Fakultäten zu fördern?

10. Was unternimmt die Bundesregierung, um in Europa das Verständnis zu vertiefen, dass jede Absolventin und jeder Absolvent einer höheren Schule mindestens zwei Nachbarsprachen erlernt haben muss?

11. Welche Aktivitäten unternimmt die Bundesregierung, um die Initiative des französischen Erziehungsministers Jack Lang zum Erfolg zu verhelfen, auch Deutsch, wie Französisch, international bzw. auf europäischer Ebene als zweite Fremdsprache bis zum Schulabschluss verpflichtend zu vermitteln?

12. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der zunehmenden Zahl von Anglizismen auf die deutsche Sprache?

    Befürchtet sie im Rahmen der Globalisierung durch diese Ausweitung Nachteile für die Identitätsbildung sowie für die Integrations- und Kommunikationsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger?

13. Sieht die Bundesregierung im Versuch, durch gesetzliche Regelungen die Anzahl der Anglizismen zurückzudrängen, ein taugliches Mittel, die deutsche Sprache zu bewahren, zu pflegen und zu fördern?

    Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die Ergebnisse der in Frankreich und Polen erlassenen Sprachschutzgesetze vor?

14. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass vor allem die Ausweitung des Englischunterrichts und die Verbesserung der Englischkenntnisse die Zahl unnötiger Anglizismen zurückdrängen könnte?

15. Welche Forderungen ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung für den Sprachenunterricht insbesondere in Deutsch und Englisch an den Schulen?

16. Was unternimmt die Bundesregierung, um die Verbesserung des Deutschunterrichts und insbesondere des Gebrauchs der deutschen Sprache an den Schulen zu erreichen?

Berlin, den 4. Juli 2001

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333